
RESPEKT STATT GLEICHGÜLTIGKEIT: MEHR BÜRGERBEWUSSTSEIN FÜR EHRENAMTLICHE EINSATZKRÄFTE

Beschlossen durch: XXXIV. Bundeskongress, Wien
Beschlossen am: 18. Oktober 2026

Begründung:

In Österreich ist es gelebte Tradition, sich ehrenamtlich zu engagieren. Laut dem vierten Freiwilligenbericht des BMSGPK erhob die Statistik Austria im Jahr 2022, dass knapp die Hälfte (49,4 %) der Bevölkerung ab 15 Jahren in Österreich Freiwilligentätigkeit leistet, d.s. rund 3,73 Mio. Personen.^[1]

Das Ehrenamt prägt die Kulturlandschaft und somit auch unser tägliches Leben. Im Bereich der formellen freiwilligen Tätigkeit bei Einsatzorganisationen wie der Freiwilligen Feuerwehr, den Rettungsdiensten und der Bergrettung genießen diese auch ein hohes Vertrauen der Zivilbevölkerung, was sich auch in der hohen Akzeptanz dieser Organisationen widerspiegelt.

Freiwillige Einsatzkräfte verfügen über große Zivilcourage, Flexibilität, Zusammenhalt und Hilfsbereitschaft und meistern in einem immer größer werdenden Ausmaß freiwillig übernommene Pflichten neben Ausbildung, Beruf und Familie.^[2]

Die hohe Sozialkompetenz und das Miteinander, welche seit Generationen in den Freiwilligenorganisationen gelebt werden, bringen Menschen unterschiedlichster Herkunft und aus verschiedensten Gesellschaftsschichten zusammen. Geselligkeit und Zusammenhalt werden im formellen als auch im informellen Bereich hochgehalten. Dies wird beispielsweise bei Ausflügen und sportlichen Aktivitäten gelebt. Vor allem bei den Einsatz- und Hilfsorganisationen ist dies wesentlich, um eine reibungslose zwischenmenschliche Zusammenarbeit bei den Einsätzen zu gewährleisten.

Viele Bereiche unseres täglichen Umfeldes sind ohne ehrenamtliches Engagement kaum oder gar nicht finanzierbar. Die Kosten einer vollkommenen Verberuflichung ehrenamtlicher Tätigkeiten, allen voran in den Einsatzorganisationen, würden den österreichischen Staatshaushalt vor immense finanzielle Herausforderungen stellen und gleichzeitig würde viel Qualität und Menschennähe ohne ehrenamtliches Engagement verloren gehen.

Ohne Ehrenamt gäbe es keine schnelle Freiwillige Feuerwehr und auch keinen flächendeckenden Rettungsdienst in gewohnter Qualität.

Katastrophen und deren Aufarbeitung würden sich um Wochen und Monate verlängern bzw. immense Mehrkosten im Bundeshaushalt verursachen.

Menschen, die sich ehrenamtlich bei Einsatzorganisationen engagieren, sehen sich immer mehr mit Gewalt konfrontiert – sei es in Form von Beschimpfungen oder gar durch Körperverletzungen. Hier auch konkrete Zahlen zur Gewalt aus einer Studie (im Jahr 2012 veröffentlichte Studie aus Deutschland - NRW - zur Gewalt gegen Rettungskräfte):^[3]

- Jedes Jahr erleben 98 % der Studienteilnehmer:innen verbale Gewalt.
- Fast 6 von 10 Teilnehmer:innen hatten zum Zeitpunkt der Studie auch im Jahr davor physische Übergriffe erlebt.
- Freiwillige im Rettungswesen sehen Mängel bei der Schulung zum Umgang mit Gewalt in ihrer Ausbildung. Regelmäßige Fortbildungsmaßnahmen werden von den Teilnehmer:innen der Studie gefordert. Diese könnten auch durch einen sicheren rechtlichen Rahmen, der die besondere Schutzwürdigkeit von ehrenamtlich Engagierten unterstreicht, ein sinnvolles Mittel gegen die Gewalt sein.

Ein großes Problem stellen mittlerweile aber auch Schaulustige dar, welche die Einsatzkräfte am Ort des Geschehens aus verschiedensten Motiven behindern und so das Gefahrenpotenzial für Einsatzkräfte erhöhen. Uniform und Helferbonus sind keine Garantie mehr, nicht selbst Opfer von Gewalt zu werden.

In der Bundespolitik wird in Reden gerne das Engagement im Ehrenamt gelobt, es bleibt jedoch meist ein Lippenbekenntnis. Konkrete Forderungen der Einsatzorganisationen werden dagegen selten gehört oder gar umgesetzt. Gerade Einsatzorganisationen müssen stets schnell auf neue Umstände wie den Klimawandel oder demografische Entwicklungen reagieren.

Längerfristige Planungen, auf zehn oder zwanzig Jahre, sind dagegen schwer möglich, da sich Katastrophen (wie zum Beispiel Hochwasser, Starkregen, Trockenheit, Schneechaos) mehrmals im Jahr wetterbedingt ereignen. Und nicht zuletzt sorgte auch die Covid-19-Pandemie für erhebliche Belastungen für die Einsatzorganisationen, vor allem bei der Bindung von Ehrenamtlichen.^[4]

Technik sowie Geräte, welche man heute beschafft, können in wenigen Jahren veraltet sein. Hier bedarf es einer Förderpolitik, welche zeitnah auf die Anforderungen des Einsatzalltags reagiert, womit es dann ermöglicht wird, sich effizient für künftige Herausforderungen zu rüsten.

Beschluss:

Der Bundeskongress der JUNOS - Junge liberale NEOS möge daher beschließen:

Wir setzen uns für einen besseren Schutz, eine höhere Anerkennung, eine zielgerichtete Förderung und langfristige Maßnahmen für den Erhalt der ehrenamtlich fundierten Einsatzorganisationen ein. Dies soll passieren durch:

- Regelmäßige Studien zur Gewalt gegen Einsatzkräfte auch in Österreich (für Vergleichbarkeit & Evaluation von Maßnahmen). Einerseits legislativ zum besonderen Schutz der Schlagkraft von Einsatzorganisationen und weitreichende Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche in Einsatzorganisationen für Deeskalation und Konfliktmanagement.

- Ausbau/Stärkung der Stellen zur Stressbewältigung und traumatischen Erlebnissen nach Einsätzen. Dem jetzt großteils ehrenamtlich gestützten System soll zur Verkürzung von Wartezeiten und zur besseren Bedarfsdeckung mit Möglichkeiten von staatlicher Seite geholfen werden.
- Bekämpfung der Nachwuchssorgen. Um bei der Mitgliedergewinnung zu unterstützen, soll zum einen ein Besuch einer Organisation des Feuerwehr- und Rettungswesens sowie Katastrophenschutzes in den Unterrichtsplänen der Länder verankert werden, weiters treten wir für die Etablierung regionaler Strukturen (z.B. Ferienprogramme von Gemeinden) ein, welche die Arbeit von freiwilligen Blaulichtorganisationen für Kinder und Jugendliche veranschaulichen und erlebbar machen.
- Entbürokratisierung ehrenamtlicher Tätigkeiten: Wir fordern die Vereinfachung administrativer Verpflichtungen für ehrenamtliche Einsatzorganisationen. Ziel muss sein, dass Ehrenamtliche möglichst viel Zeit für ihre eigentliche Tätigkeit aufwenden können und nicht durch vermeidbare Bürokratie belastet werden. Digitale Verfahren und die gegenseitige Anerkennung gleichwertiger Qualifikationen sollen dabei verstärkt zum Einsatz kommen.

^[1] BMASGPK | [Freiwilliges Engagement](#)

^[2] Österreichischer Bundesfeuerwehrverband | 13.08.2025 | [GLOBAL 2000: Wird Feuerwehr zur Klimawehr?](#)

^[3] Ruhr-Universität Bochum | April 2012 | [Gewalt gegen Rettungskräfte: Bestandsaufnahme zur Gewalt gegen Rettungskräfte in Nordrhein-Westfalen](#)

^[4] Parlament Österreich | 31.01.2022 | [Herausforderungen bei der Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten](#)